

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14476 Potsdam

Pressesprecher

Kontakt: Uwe Meier

Telefon: 0331 866-5040
0331 866-5044

Mobil: 0171 9215862

E-Mail: presse@masgz.brandenburg.de

Internet <https://masgz.brandenburg.de>



Potsdam, 01.07.2026

Pressemitteilung

Nummer: 066/2026

ACHTUNG, SPERRFRIST: 15:00 UHR!

Brandenburg und Berlin setzen Zeichen für Demokratievermittlung in der Ausbildung

Demokratie, Pluralismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind in den Ländern Brandenburg und Berlin grundlegende Bestandteile der Ausbildung. Dies ist die zentrale Botschaft eines Positionspapiers, das die Landesausschüsse für Berufsbildung (LAB) beider Länder auf ihrer heutigen gemeinsamen Sitzung im Bildungs- und Innovationscampus Handwerk in Groß Kreutz, OT Götz (Potsdam-Mittelmark) beschlossen haben. Ziel ist es, jungen Menschen in der beruflichen Bildung Werte wie Respekt, Dialogbereitschaft, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Fairness und Toleranz zu vermitteln. Arbeitsstaatssekretärin Dr. Friederike Haase hob in ihrem Grußwort die große Bedeutung von gelebter Demokratie in der Ausbildung hervor.

Arbeitsstaatssekretärin Dr. Haase: „Gemeinsam mit meiner Berliner Kollegin Micha Klapp bedanke ich mich für das unmissverständliche und klare Bekenntnis der Partnerinnen und Partner in der beruflichen Bildung beider Länder, sich **mit vereinten Kräften für den Erhalt unserer Demokratie einzusetzen** und demokratische Kompetenzen in der Ausbildung zu stärken. Ich lade alle dazu ein, berufliche Bildung als einen Raum zu gestalten, in dem demokratische Grundhaltungen wie Fairness, Verantwortungsbewusstsein, die Bereitschaft zum Dialog und die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv auszutragen aktiv gelebt und praktisch erfahrbar werden. Das gemeinsame Positionspapier der Landesausschüsse für Berufsbildung Berlin und Brandenburg schafft dafür eine entscheidende Grundlage.“

Pressemitteilung

Seite 2 von 2

Das Positionspapier mit dem Titel **„Demokratie stärken – Verantwortung in der beruflichen Bildung wahrnehmen“** wurde von beiden LAB nach dem Vorbild Niedersachsens erarbeitet. Wörtlich heißt es dort unter anderem: „Wir begreifen die berufliche Bildung dabei nicht nur als Ort der Wissensvermittlung, sondern als fundamentalen Pfeiler zur Sicherung der Demokratie und des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts.“ Demokratiebildung müsse „integraler Bestandteil der Ausbildung werden – eine Haltung, die im täglichen Miteinander, ob im Betrieb oder der Berufsschule aktiv gelebt wird“. Betriebe sollen laut Positionspapier Sozialisationsorte sein, „deren demokratisches Miteinander bis in das private Umfeld der Auszubildenden wirkt“. Dazu gelte es auch, das betriebliche Mitbestimmungsrecht der Auszubildenden zu stärken.

Nach dem Beschluss wurde das Positionspapier von den alternierenden Vorsitzenden Nele Techen (DGB) und Jörg Matern (UVB) für den LAB Berlin sowie Heiko Glawe (DGB) und Thoralf Marks (UVB) für den LAB Brandenburg unterzeichnet und im Anschluss an Dr. Haase und, in Stellvertretung für ihre Berliner Amtskollegin Micha Klapp, der Leiterin der Abteilung Arbeit und Berufliche Bildung in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Margrit Zauner, übergeben.

Hintergrund

Landesausschüsse für Berufsbildung (LAB) sind **beratende Gremien für die berufliche Bildung auf Länderebene**. Sie sind paritätisch mit Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der obersten Landesbehörden besetzt. LAB beraten die Landesregierung und wirken auf eine hohe Qualität der beruflichen Bildung hin. Ihre gesetzliche Grundlage bildet das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Landesausschüsse für Berufsbildung geben Empfehlungen ab und formulieren Stellungnahmen, um die Ausbildungssituation und den Fachkräftenachwuchs in der jeweiligen Region zu stärken. In Brandenburg liegt der LAB im Geschäftsbereich des Arbeitsministeriums.